

Wem gehört Geschichte?

Russland rückt nach rechts und feiert den Antifaschismus. Von Felix Jaitner



Militärparaden sind ein fester Bestandteil staatlicher Erinnerungspolitik.

Foto: AFP/Ramil Sitdikov

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Keine Subventionen für die Massentierhaltung

Zu »Im Dienste des Formfleischschinkens«, »nd.DieWoche« 20./21.6., S. 12; online: [dasND.de/1138111](https://www.nd.de/dasND.de/1138111)

Massentierhaltung ist Tierquälerei, und Tierquälerei ist im Grundgesetz verboten. Die Milchkuh, eines der sensibelsten Säugetiere, wird über das gesamte Leben von uns gequält. Eine Kuh könnte problemlos 20 Jahre alt werden. In der Massentierhaltung wird sie bereit nach drei bis vier Jahren getötet; weil sie nicht mehr wirtschaftlich ist. Leo Fischer hat es mehr als deutlich geschildert. Die Fragen, die stehen bleiben: Muss und darf das heute noch geschehen? In was für einem System leben wir, wo so etwas möglich ist? Die Subventionen aus der Massentierhaltung zu nehmen, wäre für mich die Lösung.

Jürgen Schmoll, München

Beeindruckende Person

Zu »Der Rahmenbauer«, 20./21.6., S. 24/25; [dasND.de/1138067](https://www.nd.de/dasND.de/1138067)

Vielen Dank für diesen Artikel über Willi Münzenberg! Eine beeindruckende Person, von der ich bisher noch nichts gehört hatte. Leider wird der Artikel durch das Zitat Theodor Lessings beeinträchtigt. Das N-Wort bleibt auch als Zitat untragbar. Ich kann die vollständige Benennung der Liga noch nachvollziehen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es eine Selbstorganisation Schwarzer Menschen war. Wenn aber weiße Menschen rassistische Begriffe verwendet haben, muss das nicht reproduziert werden, nicht von weißen Autor*innen.

Jona Freesen, Berlin

Individuelle Freiheit auf Kosten anderer?

Zu »Mit Steinzeitpädagogik zum Erfolg«, 20./21.6., S. 9; [dasND.de/1138095](https://www.nd.de/dasND.de/1138095)

Eine Jugend ohne vernünftige Normen, Rücksichtnahme gegenüber Mitmenschen und solidarisches Verantwortungsbewusstsein? Individuelle Freiheit auf Kosten anderer, letztlich aller? Na, dann lieber das, was fälschlicherweise als Steinzeitpädagogik diskreditiert wird!

Dr. H.-E. Sonnet, Berlin

In welchem Betrieb, in welchem Krankenhaus etc. gibt es denn »demokratische Teilhabe«? Wieso muss es in der Schule Strukturen geben, die es dann so nirgendwo im Arbeitsleben gibt?

Michael Jopp, Elxleben

Religionen sind nicht immer schlecht

Zu »Sacrificium intellectus«, 13./14.6., S. 19; [dasND.de/1137813](https://www.nd.de/dasND.de/1137813)

Normalerweise erwartet man von einer Rezension einen Überblick über das besprochene Werk. Das ist hier nun gar nicht der Fall. Vielmehr gibt Karsten Krampitz den verkannten Experten, der das Buch eigentlich hätte viel besser selber schreiben können. Eigenartig. Ich habe »Die Linke und die Religion« und die Beiträge von Wolfgang Fritz Haug, Frieder Otto Wolf, Helge Meves etc. durchaus als kluge Interventionen in einer immer noch zu wenig geführten Debatte gelesen. Auch wenn nicht die ganze Geschichte des Christentums und seiner Verfehlungen bis zu den Verfehlungen der Linken und LaizistInnen der Gegenwart aufgerollt wird. Da ist die Vorbemerkung von F. O. Wolf wirklich zukunftsweisend: »Wir können heute nicht einfach davon ausgehen, dass Religionen immer schlecht und religionskritische oder auch atheistische Positionen immer gut sind.« VSA-Verlag und Rosa-Luxemburg-Stiftung machen jedenfalls nicht den gleichen Fehler wie viele Liberale, für die Religion nichts anderes als Aberglaube ist. Sie halten sich stattdessen an die widersprüchliche Wirklichkeit und versuchen, eine Diskussion zwischen religiösen und nichtreligiösen Menschen im Interesse emanzipatorischer Veränderungen in Gang zu bringen.

Michael Ramming, Institut für Theologie und Politik Münster

Beiträge in dieser Rubrik sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen vor.

In Deutschland gelten Militärparaden als Ausdruck überkommener militaristischer Traditionen. Nicht so in Russland. Aufmärsche mit Waffenschau sind oft ein zentraler Bestandteil der staatlichen Gedenktradition, etwa am 9. Mai – dem Tag des Sieges über das faschistische Deutschland. Wegen der Corona-Pandemie verlegte die russische Regierung die diesjährige Parade auf den 24. Juni, ein nicht minder symbolträchtiges Datum. Vor genau 75 Jahren fand in Moskau die erste Parade nach Kriegsende statt.

Doch die Paraden, die an das Ende des Zweiten Weltkriegs erinnern sollen, werden verstärkt zu einer Exklusivveranstaltung Russlands und seiner Verbündeten. Auch in diesem Jahr kamen Gäste aus Belarus, Serbien oder China, deutsche oder andere westliche Staatschefs sieht man dagegen immer seltener.

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg war immer schon umkämpft: Im Westen wird der sowjetische Anteil am Sieg über Deutschland gerne kleingehalten. Eine Würdigung der Opfer, mit der die sowjetische Bevölkerung für den Sieg bezahlen musste, bleibt oft aus.

Seit der Auflösung der Sowjetunion mehrten sich sogar Stimmen, die den Staatssozialismus auf eine Stufe mit dem Faschismus stellen. So geschehen in der Resolution des EU-Parlaments aus dem September 2019. Ein weiteres Beispiel ist der EU-Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime am 23. August, an dem explizit den Opfern der Nazidiktatur und der stalinistischen Repression gedacht und damit die systematische Verfolgung politisch Andersdenkender, Juden, Sinti und Roma, Homosexueller im Nationalsozialismus verharmlost wird.

Diese Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen stößt sowohl bei der europäischen Linken als auch bei der national-konservativen russischen Regierung auf heftige Kritik. In einem Beitrag für das konservative US-Journal »The National Interest« aus der vergangenen Woche wirft der russische Präsident Wladimir Putin dem Westen besonders im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg und dessen Ausgang »Geschichtsrevisionismus« vor.

Seine Absicht sei es keineswegs, »eine neue Runde internationaler Informationskonfronta-

Druck machen gegen die Energieriesen

Aktivisten besetzen Kohlebagger im Rheinland und in der Lausitz. Von Sebastian Weiermann

Aktivisten der Klimagerechtigkeitsbewegung haben am Freitagmorgen im Rheinischen Revier sechs Braunkohlebagger sowie Förderbänder besetzt. Auch im Tagebau Jänschwalde in der Lausitz im Südosten Brandenburgs nahm eine Gruppe einen Kohlebagger in Beschlag.

Corona-bedingt waren nicht wie früher Hunderte Menschen an den Aktionen beteiligt, sondern mehrere Kleingruppen. Im Tagebau Garzweiler blockieren acht Teams, insgesamt 80 Menschen, verschiedene Punkte und legten so die Abaggerung über mehrere Stunden fast vollständig lahm. In Jänschwalde »teilten« sich zwei Gruppen mit insgesamt 30 Mitwirkenden einen Bagger.

Die an den Protesten Beteiligten vom Bündnis »Einsatz Kohlestop« und dem Netzwerk

»Ende Gelände« forderten, das Kohleausstiegsgesetz zu stoppen und die klimaschädlichen Kohlekraftwerke sofort abzuschalten. Das Gesetz sei ein »Klimaverbrechen« und ein »Kohleverlängerungsgesetz«, sagte Ende Gelände-Sprecherin Ronja Weil am Freitag. »Wenn die Regierung sich auf die Seite der Kohlelobby stellt, sorgen wir in den Gruben selbst für Klimaschutz«, begründete sie die Aktionen am Freitag. Am Mittag begann die Polizei mit der Räumung der Besetzungen.

Am Rand des Tagebaus Garzweiler bildeten 250 Aktive von Fridays for Future und vom Bündnis Alle Dörfer bleiben eine Menschenkette, um der Kohleabaggerung durch den RWE-Konzern dem »eine Grenze zu setzen«. Britta Kox, die in einem der von Abaggerung bedrohten Dörfer lebt, hält nicht viel vom Koh-

tion im Feld der Geschichte auszulösen«, so Putin. Allerdings würden europäische Politiker bis heute das Münchener Abkommen und die dramatischen Folgen der Zerschlagung der Tschechoslowakei »unter den Teppich kehren«. Der westliche Geschichtsrevisionismus reiche aber noch weiter, denn Aussagen polnischer Regierungsvertreter gegenüber Hitler hätten als Allianz gegen die UdSSR gewertet werden können. Der Molotow-Ribbentrop-Pakt sei daher ein Schritt gewesen, die sowjetische Isolation zu durchbrechen.

Die russische Seite gibt sich alle Mühe, den Westen als moralische Instanz zu entzaubern. Allerdings täuscht das schändliche Vorgehen der Vertragsstaaten des Münchener Abkommens nicht darüber hinweg, dass die UdSSR gemeinsam mit Deutschland in Polen ganz ähnlich vorging: Das geheime Zusatzprotokoll sah in klassisch imperialistischer Manier die Aufteilung Osteuropas in eine deutsche und eine sowjetische Interessensphäre vor. Die Zerschlagung Polens und der sowjetische Einmarsch im Baltikum waren eine Folge davon. Doch eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Teil der sowjetischen Geschichte sucht man in Putins Artikel vergebens. Mit keinem einzigen Wort erwähnt wird das Massaker von Katyn und die gezielte Ermordung von 22 000 bis 25 000 polnischen Offizieren, Polizisten und Intellektuellen während der sowjetischen Besatzung. Es gebe zwar einen »geheimen Teil über die Aufteilung bestimmter Territorien«, schreibt der russische Präsident, »aber wir wissen nicht, welche geheimen Absprachen es in den Vereinbarungen der anderen europäischen Staaten mit Hitler« gegeben habe.

Im Kampf um die geschichtliche Deutungshoheit drehen die Polittechnologien des Kremls den Spieß einfach um: Der Westen ist schuld, unser Vorgehen war alternativlos. Putins Vorwurf, der Westen betreibe Geschichtsrevisionismus, verliert dadurch nicht an Wahrheit, aber an Glaubwürdigkeit und bleibt einseitig.

Die Geschichtsrevisionismusdebatte macht deutlich: Die Erzählung von Geschichte ist längst Teil der Auseinandersetzungen zwischen Russland und dem Westen. Mit der Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus geben die westeuropäischen Staaten ihr antifaschistisches Erbe weitgehend auf. Andernfalls müssten sie den Widerstand zahlreicher Kommunist*innen und Sozialist*innen angemessen würdigen. Damit bleibt Russland übrig als einzige der vier Siegermächte, die sich auf staatlicher Ebene konsequent zu seiner antifaschistischen Geschichte bekennt.

Doch die russische Führung schreibt die Geschichte ebenfalls aktiv um, ignoriert unliebsame Fakten und nutzt Geschichte zur Herrschaftslegitimation. Den Sieg über Deutschland habe man in erster Linie dem eigenen Nationalstolz zu verdanken, so Putin. »Selbstlosigkeit, Patriotismus, die Liebe zur Heimat, zur Familie und zum Vaterland bleiben fundamental und wesentlich für die russische Gesellschaft bis zu diesem Tag.« Die russische Führung nationalisiert den antifaschistischen Kampf und beraubt ihm dadurch weitgehend seiner progressiven Natur. Antifaschismus ist mehr als der Kampf gegen den Faschismus, er ist auch ein Kampf für eine positive Utopie: für eine offene, demokratische Gesellschaft und internationale Solidarität.



Foto: unsplash.com/solomac

Ihre Post an die Redaktion

Von guter Schule, Rassismus und linker Überzeugungsarbeit

Alles unter den Teppich gekehrt

Zu »Im Tutu für den guten Ruf der Ballettschule«, 26.5., S. 10;
online: [dasND.de/1137081](https://www.nd.com/de/1137081)

Als damalige Lehrerin an dieser Schule habe ich vor mehr als zehn Jahren auf die Missstände, besonders auf die sexualisierte Gewalt, aufmerksam machen wollen. Damals sind einige Kollegen und ich zur Schulverwaltung bis hin zum Abgeordnetenhaus gegangen. Dies alles wurde von übergeordneter Stelle unter den Teppich gekehrt. – Nun liegen die ersten Kündigungen auf dem Tisch, man ermittelt jetzt gegen diese übergeordnete Stellen, und meine Unterlagen von damals wurden an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Ein Staatsanwalt bereitet Strafverfahren vor.
Brigitte Müller, Berlin

Deutsche Hofberichterstattung?

Zu »Moskau auf der Überholspur«, 29.5., S. 1; online: [dasND.de/1137222](https://www.nd.com/de/1137222)

Wer Begriffe wie »alter Sowjetschrott« (war es mal neuer Sowjetschrott?) verwendet, der ist nicht besser als die Reporter von »Bild«, die zu Recht vom »nd« kritisiert werden. Es passt aber zu den Fragestellungen im letzten China-Interview (»Die westliche Dominanz ist eine Anomalie«, 22.5., S. 3; online: [dasND.de/1136970](https://www.nd.com/de/1136970)): arrogante, überhebliche westeuropäische Haltung gegenüber anderen Ländern. Kein Wunder, dass sich diese nicht mehr groß um Westeuropa scheren werden, wenn selbst die Linken das Vokabular ihrer Regierungen verwenden.

PS: Aus Kuba, China kommen eher deutsche Hofberichterstattungsmeldungen. Es war köstlich zu lesen, wie der interviewte Politikwissenschaftler aus Singapur dem Interviewer zu China die Leviden las!

Erik Fischer, Bernau

Schule besser machen!

Zu »Eine Gesellschaft ohne Schule«, 30./31.5., S. 20/21;
online: [dasND.de/1137278](https://www.nd.com/de/1137278)

»Schule ist geil«, hörte man von vielen Kindern, für die sie nach dem Corona-Lockdown wieder losgegangen war. Zur Verwunderung vieler älterer und jüngerer Erwachsener, für die Schule im Rückblick oft eine quälende Zwangsanstalt war. Die im Artikel diskutierte Auffassung hat darum viele überzeugende Argumente!

Dennoch scheinen durch alle Schulkritik einige unschlagbare Argumente pro Schule: gemeinschaftliches Lernen mit Freunden bzw. mit Menschen, deren Bildungsstand Förderung bedeutet. Menschen haben ein Recht auf den gleichberechtigten Zugang zu Bildung, der gesellschaftlich organisiert und durchgesetzt werden muss. Der frühe Zugang zu Bildung bei Kindern sichert die frühe Teilhabe an der Welt, in der sie leben. Das günstigste Zeitfenster für diesen Zugang ist die frühe Kindheit. Die meisten Eltern, Omas, Opas verfügen nicht über die pädagogischen, didaktischen, fachlichen Fähigkeiten, die die Vermittlung von Bildung braucht.

Diese Argumente, verbunden mit den Aussagen des Artikels, weisen also nur in eine Richtung: Schule besser machen! Individuell, divers, kleinere Klassen, mehr

geeignetes und qualifiziertes Personal, bessere, am optimalen Lernen orientierte Bedingungen. Diesbezüglich ist Schule schon seit ihrem Bestehen in der Kritik. Es bleibt zu hoffen, dass die einmalige Erfahrung der Gesellschaft mit Schule in Zeiten von Corona die Schulentwicklung voranbringt.

Ruth Frey, per E-Mail

Die Schule ist nach ihrer Institutionalisierung neben dem Militär und dem Gefängnis zu einer der drei staatlichen Repressionsanstalten geworden. In Klassengesellschaften hat sie immer auch die Aufgabe, die Ideologie und den Machtanspruch der Herrschenden als alternativlos zu vermitteln, plausibel zu machen. In der aktuellen Gesellschaftsordnung mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln und Arm-Reich-Verhältnissen sind diese als allgemeingültig, dauerhaft und richtig darzustellen sowie die wirtschaftliche Verwertbarkeit der Schulabgänger sicherzustellen. Das ist grundsätzlich auch heute (noch) so.

Aber mehr und mehr kommen auch basisdemokratische Lernziele in die Curricula. Solche, die den gesellschaftlichen Anspruch an Heranwachsende formulieren. Der aktuelle gesellschaftliche Wille, der Anspruch, wie körperlich und geistig noch nicht voll ausgeformte Menschen sein sollten, später als Erwachsene, sollte Gegenstand der Rahmenlehrpläne sowie der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte – am beste, es wären auch Pädagogen – sein.

Das sollte im Austausch, im Netzwerk, im gemeinsamen kritischen und kreativen Lehren, Lernen und Erziehen erfolgen. Genau das sollte Schule heute leisten. Dass dafür oft die materiellen Voraussetzungen, Qualifikation und auch oft

die Bereitschaft fehlen, steht auf einem anderen Blatt. Es ist zu bezweifeln, dass das, wenn die Schulpflicht wegfiel, die einzelnen Eltern leisten könnten und wollten, ja, eine besserwisserische Anmaßung von ihnen.

Wolfgang Schlenzig, Berlin

Ohne Disziplin und Ordnung geht es nicht

Zu »Mit Steinzeitpädagogik zum Erfolg«, 20./21.6., S. 9; online: [dasND.de/1138095](https://www.ndd.de/1138095)
Die Überschrift hat mich getröstet. Dem Verfasser halte ich dankbar zugute, dass er ehrlich geschildert hat, was der Schulleiter Michael Rudolph in der Berliner Friedrich-Bergius-Schule festgestellt hat. Es ist gut, dass das »nd« auch solche Berichte veröffentlicht, die sehr umstritten sein werden.

»Pünktlichkeit, Ordnung, Disziplin, dazu ein Unterricht, der den einzelnen Schüler an seine Leistungsgrenzen führt«, so lauten Rudolphs Prinzipien. Das mag manchem »modernen Menschen von heute« (leider) geradezu furchtbar klingen. Aber das Berufsleben ist heute nicht anders! Wenn die Schule auf das Leben vorbereiten will und es nicht allein um »Spaß« gehen soll, wäre das erforderlich – so, wie es in dem Artikel geschildert wird. Aus meiner jahrzehntelangen Berufstätigkeit kann ich das nur bekräftigen!

Schulabbrecher, Zuspätkommer, gar Schulschwänzer gäbe es weniger, wenn von Kindesbeinen an darauf geachtet werden würde. »Wehret den Anfängen« ist gewiss der Grundsatz dieses Schuldirektors. Diese Grundtugenden sind unverzichtbar, wenn Lebensziele angestrebt werden! Ich bin gespannt, wie das in Leserbriefen reflektiert wird.

H.-U. Tittler, Berlin

Mir hat dieser erfreuliche Artikel sehr gut getan. »Die Schule ist wie ein Trainingslager fürs Leben« – das kann man kaum besser sagen als Herr Rudolph. Wenn ein Training erfolgreich sein soll, geht es ohne bestimmte Härte nicht. Disziplin ist nicht nur im Sport dabei eine Grundvoraussetzung. Die positiven Ergebnisse dieser Schule zeigen, dass der uralte pädagogische Grundsatz »Ohne Disziplin und Ordnung kein erfolgreiches Lernen« immer noch Gültigkeit hat. Aussagen von Politikern sollte man nicht überbewerten. Sie sind meist keine Pädagogen.

Horst Neumann, Bad Kleinen

Ist es wirklich wahr, dass die Linke in Tempelhof-Schöneberg der Meinung ist, die Verlängerung des Dienstverhältnisses von Michael Rudolph könnte »jüngere, vielleicht fortschrittlichere Lehrkräfte« verhindern? Wie ignorant kann man sein! An Berliner Schulen sind circa 130 Schulleiter- und Stellvertreterstellen unbesetzt, einige davon seit Monaten und Jahren. Erwartet man etwa, dass ehrgeizige und »vielleicht fortschrittlichere« Quereinsteiger*innen nach vorn preschen und sich auf die Stellen bewerben?

Irma Goerden, per E-Mail

Hut ab vor diesem Schulleiter – hoffentlich gibt es noch mehr davon. Nur die Position der Linken kann ich in diesem Fall nicht nachvollziehen.

Matthias Rößler, Leipzig

Ausbeutung braucht Unterdrückung und Gewalt

Zu »Die alte Ordnung wackelt«, 9.6., S. 1; online: [dasND.de/1137638](https://www.ndd.de/1137638)

Gute Ärzte wenden sich den Ursachen der Krankheit zu und bleiben nicht bei der Behandlung der Symptome stehen. Schon Marx und Engels wussten: Ausbeutung braucht Unterdrückung und Gewalt. Rassismus, Kolonialismus, Frauenfeindlichkeit, Prekarisierung und viele andere sind nur die Formen, in denen diese stattfinden. Wer den Rassismus beseitigen will, muss sich also letztendlich gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wenden. Alles andere ist gut gemeint, wird aber eher Kosmetik an sich nicht wirklich verändernden Verhältnissen bleiben.

Joachim Seider, Berlin

Den Deutschen täte Selbstkritik gut

Zu »Straßenprotest statt Videoschalt«, 8.6., S. 1; online: [dasND.de/1137593](https://www.ndd.de/1137593)

Die jüngsten Geschehnisse in den USA, immerhin – staatstheoretisch – ein demokratischer Rechtsstaat, der dort offensichtlich schwer aufzuhaltende Missbrauch von politischer und sozialer Macht, sind in höchstem Maße bedenklich. Und ja, auch etwa uns Deutschen stände hinsichtlich jeder Art von Diskriminierung ein selbstreferenzieller kritischer Blick in den »heimischen« Spiegel gut zu Gesicht. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wie eine Bibel bloß unter dem Arm zu tragen und verbal hochzuhalten, wenn es denn opportun ist, reicht jedenfalls nicht aus.

Dabei muss uns Menschen rational klar sein, dass »Keine Gerechtigkeit, kein (sozialer) Frieden« nicht nur ein demonstratives Motto, sondern vielmehr eine soziologisch begründbare, gesamtgesellschaftlich gültige Erkenntnis ist. Dennoch »geschieht« unaufhörlich das Gleiche: Diskriminierungen und Rassismus, menschlicher Unverstand also, üben Gewalt aus, zerstören Leben und gesellschaftliche Strukturen. Es bestehen weiterhin (zu) große Unterschiede in der Anwendung und Verbreitung rationaler und emotionaler Kompetenzen, nicht zuletzt aufgrund fehlender effektiver Chancengerechtigkeit.

Durch das zwar reduzierte, gleichwohl beständige Missverhältnis von wissenschaftlichen, praktischen und wirtschaftlichen Machtrelevanz bleiben sozial und kulturell divergierende Parallelwelten erhalten. Den letzten wesentlichen Schritt hin zu einer Zivilisation, die diese Bezeichnung auch verdient, haben wir leider immer noch vor uns. Das bösartigste und hartnäckigste Virus ist die menschliche Ignoranz (das ist jeden Tag auch medial – freilich entsprechend Attitüde und Opportunität, mal mehr, mal weniger – zu vernehmen).

Matthias Bartsch, Lichtenau

Hans-Georg Maaßen schon vergessen?

Zu »Debatte um nicht Gesagtes«, 10.6., S. 2; online: [dasND.de/1137693](https://www.ndd.de/1137693)

Es gehört schon eine gehörige Portion Doppelmoral dazu, wenn jetzt auf Saskia

Esken wegen eines vernünftigen Vorschlags zur Stärkung des Rechtsstaats eingepürgelt wird. Eine gewisse Rechtslastigkeit, wozu auch latenter Rassismus gehört, wurde in den deutschen Sicherheitsbehörden nicht nur einmal festgestellt. Hans-Georg Maaßen schon vergessen?

Hans-Jürgen Joseph, Berlin

Perfekt analysiert

Zu »Problematischer Korpsgeist«, 24.6., S. 4; online: [dasND.de/1138244](https://www.ndd.de/1138244)

Großes Kompliment für Ihren Artikel, Frau Renner. Perfekt analysiert und auf den Punkt gebracht.

Rudolf Kolvenbach, Bacharach

Den Begriff »Rasse« mit neuem Inhalt füllen

Zu »Rasse im Grundgesetz: Aus dem Kopf«, 11.6., S. 14;

online: [dasND.de/1137702](https://www.ndd.de/1137702)

Schon wieder die Forderung nach einer Grundgesetzänderung, lange bevor die Sache ausdiskutiert ist. Da mit der Streichung aus dem Grundgesetz der Begriff und alles, wofür er steht, nicht aus der Welt ist: Wäre es nicht zum Beispiel sinnvoller, den Begriff der »Rasse« mit neuem Inhalt zu füllen? Ihn etwa an den Begriff des »Phänotyps« zu binden?

Ralf Berg, Dobbertin

Rassist*innen eine Chance nehmen

Zu »Ein Wort stört«, 20./21.6., S. 13

Wer das Wort »Rasse« aus dem Grundgesetz entfernen will, verwechselt keineswegs Windmühlen mit Riesen, wie Helmut Dahmer meint. Natürlich schaffen wir mit dem Wort nicht das Problem ab, aber wir würden den Rassist*innen eine Chance nehmen. Sie müssen ja jetzt schon beweisen, dass es Rassen in ihrem Sinn gibt; nämlich in einem Sinn, der typische kollektive Charakter- und Verhaltenseigenschaften an Rassen bindet. Das können sie aber nicht, was mit der Grundgesetzänderung verfassungsrechtlich evident wird. Rassismus bekommt einen Bezugspunkt, den es nur in kontrafaktischen Annahmen gibt.

Damit ist auch der Kampf gegen Rassismus argumentativ gestärkt. Natürlich ziehen Sprachtabus keine unmittelbaren Einstellungsänderungen nach sich. Wer aber für Verpöntes neue Wörter sucht, entlarvt sich meist deutlich wahrnehmbarer als noch zuvor.

Prof. Dr. Peter Porsch, Parthenstein

Zeit für Sicherheitsabkommen mit Russland

Zu »Trump bereitet Trennungsschmerz«, 8.6., S. 1; online: [dasND.de/1137592](https://www.ndd.de/1137592)

Vor wem sollen uns die größten Terroristen beschützen? Vor dem Iwan, der ganz andere Sorgen hat, als sich mit dem mächtigsten Militärbündnis auseinanderzusetzen? Der Verweis auf die Krim ist einfach nur lächerlich. Dann bitte schon eher auf die Atomraketen auf deutschem Boden, die Kriege in Afghanistan und Irak, die militärischen Drohungen gegen Sy-

Streitkultur

Ad personam



Abb.: imago/ElliWaltz

In seinem um 1830 entstandenen Manuskript »Eristische Dialektik oder Die Kunst, Recht zu behalten« stellt der Philosoph Arthur Schopenhauer fest, dass es nicht jedem Menschen gegeben sei, in Auseinandersetzungen sachlich zu bleiben oder gar das eigene Unrecht einzugestehen. Und meint: »Daraus folgt, dass unter hundert kaum einer ist, der wert ist, dass man mit ihm disputiert.«

Schopenhauer zufolge greifen Menschen dann in Auseinandersetzungen häufig auf Argumente zurück, die weder einem logischen Aufbau folgen noch einen Bezug zum Thema des Streits haben: Argumentum ad personam (Argument gegen die Person). Diese zielen darauf ab, mittels negativ konnotierter Eigenschaften wie politische Orientierung oder auch das Geschlecht Vorbehalte gegenüber den Ansichten der anderen Person zu erzeugen.

Dass diese Vorgehensweise keinen Sinn macht, liegt auf der Hand. Schließlich wird eine Aussage über einen Sachverhalt nicht weniger wahr oder unwahr, nur weil es etwas am Streitpartner zu kritisieren gibt.

In diesem Sinne: Immer schön sachlich bleiben.

Katja Choudhuri

rien, Venezuela, Kuba, Iran, VR China und die provokativen Manöver von schlappe 37 000 Soldaten an Russlands Westgrenze schauen. Oder aufhorchen, wenn Kramp-Karrenbauer neue Bomber aus den USA ordern will. Seit dem Krieg 1895 gegen Spanien verging kaum ein Jahrzehnt, an dem unser Beschützer nicht irgendwo auf der Welt einen Krieg, Putsch oder politischen Mord begangen hat.

Jetzt wäre es tatsächlich an der Zeit, ein Sicherheitsabkommen mit Russland abzuschließen. Nicht so für die zumeist westdeutschen Politiker in Berlin. Für sie rennt Putin mit einem blutverschmierten Dolch im Mund gegen unsere sogenannte freiheitliche Demokratie an. Wer im EU-Parlament Faschismus und Kommunismus auf die gleiche Stufe stellt, sollte tief im Herzen tatsächlich Schmerzen bekommen.

Uwe Höntzsch, Bernau

Der Abzug der US-Truppen aus Deutschland wäre ein freudiges Ereignis. Dietmar Bartsch ist zuzustimmen: Die Bundesregierung sollte einen Komplettabzug vereinbaren, bei dem die Atombomben mitgenommen und die als Aggressionsbasen dienenden Militärstützpunkte aufgelöst werden. Nachteilig ist dabei nur, dass die Bundesregierung das als Begründung nehmen könnte, den Aufbau einer EU-Armee zu beschleunigen. Ein Teil der US-Truppen soll in Polen stationiert werden und so die Aggressionsdrohung gegen Russland verstärken.

Dr. Kurt Laser, Berlin

Was soll eigentlich die Jammerei, dass die USA Truppen aus Deutschland abziehen? Das hätten sie schon in den 90er Jahren machen müssen, spätestens als die Sowjetunion ihre Truppen abzog. Und ich bin der gleichen Meinung wie Dietmar Bartsch von der Linken: Alle amerikanischen Soldaten sollen aus Deutschland verschwinden, samt Atomwaffen in Büchel.

Die USA sind auch nur so lange unsere Freunde, so lange wir nach ihre Pfeife tanzen. Ansonsten sind sie wirtschaftlich unsere Gegner, siehe VW, Monsanto usw. Man sieht in uns nur den 51. Bundesstaat der USA, deren Firmen wie McDonald's, Starbucks, Amazon sich bei uns nach Herzenslust steuerfrei austoben dürfen. Und unsere Eliten und Journalisten denken sich fast jeden Tag neue Anglizismen aus: Lockdown, Webinar, Superspreader, Tracing App usw. usw. Der normale Bundesbürger weiß gar nicht, was diese Worte bedeuten, aber man wirft sie ihm jeden Tag an den Kopf.

Hartmut Rienäcker, BADEBORN

Zunehmende Verwendung von Anglizismen

Zu »It's a Man's Man's Man's World«, 10.6., S. 8; online: [dasND.de/1137645](https://www.nd.com.de/1137645)

In meinen Augen ist das »nd« die beste deutsche Tageszeitung. Ich lese es gern und gründlich. Die Beiträge sind vielseitig, verständlich und gut zusammengestellt. Mit Sorge nehme ich aber zur Kenntnis, dass leider auch das »nd« zunehmend Anglizismen verwendet. Mich lässt es nicht kalt, wenn ein Inhalt, den man mit deutschen Worten formulieren kann, stattdessen nicht nur in einzelnen Worten, sondern Satzteilen oder gar ganzen Sätzen in englischer Sprache ge-

druckt wird. Ich bin der englischen Sprache nicht mächtig, werde sie in meinem Lebensalter auch nicht mehr erlernen.

Das Fass zum Überlaufen bringt für mich die komplett in Englisch gedruckte Überschrift »It's a Man's Man's Man's World«. Normalerweise lese ich Ihr Feuilleton gerne, aber bei der in mir unsympathischer Sprache abgefassten Überschrift streike ich als Leser. Ich bitte Sie herzlich, auf die Verwendung der englischen Sprache zu verzichten, mindestens aber deren Verwendung zu minimieren. Und wo Sie dennoch meinen nicht darauf verzichten zu können, in Klammern die Übersetzung in deutscher Sprache anzufügen.

Bodo Baranowski, Klein Schönwalde

Missbrauch der Sprache

Zu »Straßenprotest statt Videoschalte«, 8.6., S. 1; online: [dasND.de/1137593](https://www.nd.com.de/1137593)

Ihr benutzt gleich auf der Titelseite in einer großen Überschrift das Unwort »Schalte«. Was ist eine Videoschalte? Ich stelle mir das so vor, dass verschiedene Menschen zu einer (Fern-)Spreche zusammengeschaltet sind, und zwar so, dass dazu auch eine Bildübertragung stattfindet. Was hat nur die deutsche Sprache verbrochen, dass Ihr sie so missbraucht?

Bodo Schulze, Hohenzieritz

Die Würde, die er verdient

Zu »Dieser Einsatz ist meine Pflicht«, 10.6., S. 3; online: [dasND.de/1137647](https://www.nd.com.de/1137647)

Im Schwedischen sagt man für »man teilt«: »Man dela.« Wer weiß nicht von Nelson Mandela? Den Namen dieses Mannes für diesen Zweck zu nutzen, gibt ihm die Würde, die er verdient.

Arnold Diedrich, Åseda

Warum noch Kaufprämien zahlen?

Zu »Gezielter shoppen«, 6./7.6., S. 7; online: [dasND.de/1137555](https://www.nd.com.de/1137555)

Es ist ja nicht so, dass es an der automobilen Ausstattung in unserem Land mangelt, warum also noch Kaufprämien zahlen? Soll der Steuerzahler etwa für die Überproduktion in diesem Bereich aufkommen? Nach Angaben des Kraftfahrzeugbundesamtes erhöhten sich allein im vergangenen Jahr die Zulassungen von Fahrzeugen in Deutschland um über eine Million auf 65,8 Millionen. Es genügt in der Stadt oft ein Blick aus dem Fenster, um festzustellen, dass auf der Straße kaum noch eine Parklücke vorhanden ist. Fußgänger müssen sich mühsam an den auf den Fußwegen parkenden Autos vorbeibewegen (kaum die Rede davon, dass sie dabei die derzeit geltenden Abstandsregeln einhalten können!).

Für diese Pkw, ob nun Verbrenner, Hybrid oder Elektro, müssen in den Wohnquartieren Stellplätze geschaffen und Flächen versiegelt werden, die oft zulasten ehemals begrünter Innenhöfe gehen. Der zunehmende Bestand an Pkw kostet uns unseren Lebensraum, zumal zur Entlastung des Verkehrs auch immer mehr Straßen angelegt werden müssen, die vor dem unberührte Natur zerschneiden.

Hingegen wäre tatsächlich eine nachhaltige Förderung des Gastronomiege-

werbes nützlich gewesen, in den Städten, wo manche Eckkneipe verschwunden ist, manches Gartenheim geschlossen wurde, oder auf dem Land, wo man zunehmend die Dorfgasthäuser und damit Zentren sozialer und kultureller Kontakte vermisst.

Stephan Weingart, Chemnitz

Die BRD ist eine Autogesellschaft. Der Export des Landes basiert auf der Autoindustrie. Sie wird als »Schlüsselindustrie« bezeichnet. Diese wiederum ist ein Gesellschafts-, Verkehrs- und Wirtschaftsmodell, das ausnahmslos ein umweltschädliches, ressourcenfressendes und auch tödliches Konsumgut produziert. Seine Symptome: Verkehrstote, Feinstaubbelastung, Flächenklau, Verringerung der Lebens- und Wohnqualität in Stadt und Land.

Diese negativen Effekte belasten uns alle. Die Autoindustrie setzt sich mit Hilfe der Politik über die elementaren Interessen der Mehrheit der Menschen hinweg. Das Auto erfasst den ganzen gesellschaftlichen Raum sowie den natürlichen. Städte und Landschaften werden durchschnitten. Soziale und ästhetische Räume werden dem Auto geopfert. Das nennt man schlicht »Landschaftsverbrauch«. Die Siedlungsräume und Wohnstätten werden zwangsweise dem Autoverkehr untergeordnet. Folge: Stadtrandsiedlungen, Vororte, Stadtautobahnen, Parkhäuser und -plätze, breite Straßen, Cityringe etc. Die Stadtstraßen mit Bürgersteigen sind durch Autos zugestellt.

Die Städte versinken in einem Meer von Autos. Die Lebensqualität ist daher niedrig. Der Rückbau – sozialverträglich – der Autoindustrie wird zur gesellschaftlichen Notwendigkeit. Alternativen sind bereits vorhanden. Das Ideal der autogerechten Stadt gehört auf die Müllhalde der Geschichte! Mobilität für alle muss als Daseinsvorsorge und nicht als profitorientierter Wachstumsmarkt künftig gestaltet werden. Übrigens: Es gibt kein Grundrecht auf ein Auto! Ändern wir unser Konsumverhalten – dann wird's was werden.

Siegfried Schneider, per E-Mail

Urtyp des »Kohlrabiapostels«

Zu »Generalstreik das Leben lang!«, 30./31.5., S. 13;

online: [dasND.de/1137305](https://www.nd.com.de/1137305)

Thomas Wagners Artikel zum Vagabundentreffen in Stuttgart zu Pfingsten 1929 geht vor allem auf Gregor Gog ein, was mit dem zugrunde liegenden Buch zu tun hat. Dieses zeigt, dass es linke Vagabunden gab, eine linke Alternativkultur. »Ausgerechnet in Stuttgart« sollte die Weltrevolution beginnen, wundert sich Wagner.

Warum nicht in Stuttgart? Dort war und ist der schwäbische Pietismus stark. Er lebt von der Vision eines kommenden dritten Reiches, das nach Joachim von Fiori (1130–1202) das des Heiligen Geistes sei, was eine Organisation entbehrlich mache. In Württemberg hat Christoph Friedrich Blumhardt Arbeiterschaft, das heißt SPD, und Pietismus zusammengebracht. Marx und Jesus zusammenzudenken hat Tradition (Liebeskommunismus).

Zu Wagners Artikel steht ein Bild mit zwei Vagabunden und der Unterschrift »Linke Alternativkultur vor 91 Jahren«. Leider fehlen die Namen. Das sei nachgereicht: der junge Willy Ackermann, aus dem Hamburger Proletariat stammend,

und Gusto Gräser, der Urtyp des »Kohl-rabiapostels« und der »Inflationsheiligen«. Ackermann prägte in Hamburg mit Gandhi als Vorbild die »Gandhi-Bewegung«; Gräser, der »Daoist«, orientierte sich an Lao Tse. Gemeinsam war ihnen die antibürgerliche Attitüde.

Auch die eher volklichen Antibürgerlichen waren in Stuttgart. Ihre Sehnsüchte und Visionen münzten andere 1933 in Politik um. Anti-Establishment als Haltung reicht nicht, wie wir heute wieder sehen können.

Dr. Ulrich Nanko, Rottenburg a. N.

Unterm Mietendeckel brodeln es

Zu »Keine Bühne, aber volles Programm«, »nd.Commune«, 30./31.5., S.2; online: dasND.de/1137304

Sehr originell, Herr Riexinger als Fernsehkoch! Ob er gerochen hat, was sich hinter dem Rücken der Öffentlichkeit für eine giftige Brühe in Form des neuen Wohnungseigentümergegesetzes zusammengebraut hat? Ungenießbar und existenzbedrohend – nicht nur für die ca. neun Millionen »Kleinst-Wohnungseigentümer«, die auf eine sichere Altersvorsorge hoffen –, aber ein gefundenes Fressen für die Immobilienhaie, die sich gerade dazu sammeln, wie die TAG Immobilien AG. Der Kochtopf (Mietendeckel) wird das nicht mehr lange verbergen können.

Marianne Lemke., per E-Mail

Wegwerfwindeln sind ein großes Umweltproblem

Zum Leserbrief »Zu oft nach dem Staat gerufen«, »nd.Commune«, 30./31.5., S. 8

Ich habe mich sehr über die Veröffentlichung meines Leserbriefes gefreut, habe aber Folgendes zu bemängeln: Ich habe ganz bewusst vom »umweltfreundlichen Waschen der Windeln von Hand« geschrieben, eben weil ich weiß, dass die heutigen Wegwerfwindeln ein großes Umweltproblem darstellen, was überhaupt nicht öffentlichkeitswirksam kommuniziert wird. Außerdem waren Kinder in Textilwindeln viel eher sauber, was ich aus der Erziehung meiner eigenen Tochter weiß, eben weil es den Kindern unangenehm war, in nassen Windeln rumzulaufen. Heute soll es ja Kleinkinder geben, die noch mit drei Jahren Windeln tragen, und die Eltern finden nicht mal etwas dabei.

Heidrun Hahn, Coswig

Die Gewerkschaft macht den Unterschied

Zu »Nach dem Schock«, 6./7.6., S. 14; online: dasND.de/1137537

Ich finde es in hohem Maß berechtigt, wenn Eva Roth darauf aufmerksam macht, dass nicht nur die in der Coronakrise genannten Verkäuferinnen oder Pflegerinnen ein geringes Gehalt beziehen, sondern auch die im Gaststättengewerbe Tätigen. Leider führt sie dabei nur kurz und zuletzt den Vorschlag auf, Gewerkschaftsmitglied zu werden.

Ich sehe darin aber den entscheidenden Weg. Was steckt denn in der »vornehmen« Umschreibung Niedriglohnsektor? Darin steckt im hiesigen kapitalisti-

schen Wirtschaftssystem, dass fasst 40 Prozent aller Beschäftigten den Wert ihrer Arbeitskraft nicht bezahlt bekommen; dass also der Preis der Arbeitskraft, der Lohn, weit unter dem Wert liegt. Zum Wert der Arbeitskraft gehört, dass man vom Lohn anständig leben kann und eine auskömmliche Altersversorgung erhält.

Löhne sind immer das Ergebnis einer Auseinandersetzung mit dem – immer nach höherem Profit strebenden »brutalen«, »sozialen« oder »menschlichen« – Unternehmer. Aber ohne Profit kein Erfolg im Konkurrenzkampf. Der großen Macht der auch noch in Unternehmerverbänden organisierten Unternehmer, kann ein Arbeiter, beim Verkauf seiner Arbeitskraft, nur die Macht seiner Gewerkschaft entgegenstellen.

Darum sehe ich, auch bei Nutzung der verschiedenen Wege, die Eva Roth aufführt, die Notwendigkeit stärkerer gewerkschaftlicher Organisation als das Wesentliche an. Nur durch diese können alle Arbeitnehmer zumindest annähernd den Wert ihrer Arbeitskraft erkämpfen.

Natürlich ist es ein Problem wenn der Niedriglohnsektor angehoben wird. Es werden sich Preise ändern. Doch da ist die Politik gefragt, langfristig für einen Ausgleich bei denen zu sorgen, die keine höheren Einkünfte erkämpfen können, zum Beispiel die Rentner. Als Erstes aber muss die Wirtschaft wieder voll in Gang kommen.

Manfred Fischer, Oranienburg

Ist es Satire?

Zu »Der Mann, der sich selbst spielte«, 13./14.6., S. 9; online: dasND.de/1137840

Leider halte ich die komplette Seite zum 80. Geburtstag von Gojko Mitić für nicht gelungen. Ist es Satire, Sarkasmus oder Ironie oder etwas ganz anderes, Unbekanntes?

Wolfgang Focke, per E-Mail

Gleich, worüber Karsten Krampitz schreibt, er kann es nicht lassen, immer einen kleinen Kübel Galle über die DDR auszugießen. Sein Beitrag zum 80. Geburtstag von Gojko Mitić ist dafür ein Beispiel. Er zieht über Dean Reed her – er hat ihn wahrscheinlich nie selbst erlebt, denn dieser starb 1986, da war Krampitz 17 Jahre alt. Was war daran falsch, wenn Dean Reed seine Gagen dafür spendete, »wo's eben gerade brannte«? Hat er andere Künstler gezwungen, es ihm gleichzutun? Und was hat dies mit einer Ehrung für Gojko Mitić zu tun?

Sylvelin Pauligg, Berlin

Die dunkleren Seiten der Geschichte

Zu »Schnell mal in den Dschungel«, 6./7.6., S. 30; online: dasND.de/1137521

Neben den bekannten Problematiken der Institution Zoo finde ich es unfassbar, dass es einer an sich kritisch berichtenden Zeitung nicht in den Sinn kommt, ein paar Sätze tiefer in die Geschichte einzusteigen und zumindest zu erwähnen, dass bereits im Jahr nach der Eröffnung angefangen wurde, Menschen auszustellen, und zwar auf einer »Völkerbühne« neben den »engen Gehegen der Vergangenheit«. Nach Hamburg und Berlin war der Leipziger Zoo einer der wichtigsten Austra-

gungsorte der Völkerschauen, bis 1931 fanden dort etwa 40 statt. Es gab drei Typen solcher Schauen: die »zirkusähnliche Schau«, das sogenannte »Eingeborenendorf« und die »Freak Show«.

Eines der wenigen Dokumente, in denen die Erfahrungen der Teilnehmenden direkt dokumentiert sind, ist das Tagebuch von Abraham, übersetzt von Bruder Kretschmer, 1880: »Do 7. Nov. hatten wir wieder betrübtes gehabt. Unser Gefährte, der led. Tobias wurde von unserm Herrn Jakobsen mit der Hundepitsche gehauen ...« Abraham war Teilnehmer der »Eskimo-Völkerschau« und starb wie alle anderen an Pocken. Der »Herr Jakobsen« ist einer der Brüder Jakobsen, deren ethnographische Sammlung aus Nordwestamerika 1885 vom Leipziger Völkerkundemuseum gekauft wurde.

Dass Carsten Heinke von alledem nichts weiß, mag auch der Tatsache geschuldet sein, dass der Leipziger Zoo die Aufarbeitung seiner eher dunkleren Geschichte nicht als Priorität ansieht und man sich heute zum Beispiel mit dem Besuch der kolonialen Kawara-Lodge, inklusive afrikanischem Essen, »afrikanischer« Bedienung, die aufregende Portion Exotik besorgt.

Karolin Reinhold, Leipzig

Hartes Urteil

Zu »Sacrificium intellectus«, 13./14.6., S. 19; online: dasND.de/1137813

Karsten Krampitz hat seine Buchrezension von »Die Linke und die Religion« mit »Sacrificium intellectus« überschrieben. Gemeint ist ein »Verzicht auf das Verstehen, um nicht vom Glauben zu fallen«. Diesen Verzicht vermutet er anscheinend bei einigen Autoren des genannten Buches, die um der gewünschten Harmonie von Religion und Marxismus willen, alles Störende ausblenden. Er moniert viele Leerstellen und hätte das Thema selbst anders, nämlich »ketzerischer« behandelt.

Das ist sein gutes Recht, und ich finde sehr viel Nachdenkenswertes in seinen Überlegungen. Erstaunt und befremdet bin ich allerdings über sein hartes Urteil zu Karl-Helmut Lechners Buchbeitrag »Religion ist nicht nur Privatsache«. Dieser wichtige und lesenswerte Essay beschreibt den zum Teil vorhandenen Unwillen der Linken, sich positiv mit Religion auseinanderzusetzen und kirchlich oder religiös geprägte Menschen in ihre Kämpfe mit einzubinden. Eine Geschichte voller Missverständnisse und verpasster Chancen, die leider auch heute noch nachwirkt.

Martin Möllmann, Roden

In Hamburg findet in der Christuskirche seit dem Jahreswechsel 1999/2000 jedes Jahr ein interreligiöser Silvestergottesdienst statt, an dessen Aufbau ich selber beteiligt war. Vor der Feier treffen wir uns regelmäßig zu einem ausführlichem Vorbereitungsgespräch. Mit vielen der Mitstreiter*innen bin ich per Du. Warum? Weil wir uns fast alle aus alten DKP-Zeiten kennen.

Es passiert gar nicht so selten, dass kluge Genoss*innen, wenn sie denn älter und reifer werden, zu der Erkenntnis kommen, dass die Partei nicht alles weiß, sondern dass es darüber hinaus Fragen unzweifelhafter menschlicher Existenz gibt, von de-

Molly unterwegs

Wir Bürohunde sehen uns als tierische Sozialarbeiter

Für so ziemlich alles auf dieser Welt gibt es einen Ehrentag – selbst die Jogginghose hat einen. Den internationalen Tag des Bürohundes gibt es auch. Begangen wurde er in diesem Jahr am 26. Juni.

Das ist eine gute Gelegenheit mal einen hündischen Blick auf die Sache zu werfen. Denn wenn



man über Bürohunde liest, geht es – wer hätte es gedacht – um das Wohlbefinden von Menschen. Hunde sollen dem Burnout-Syndrom entgegenwirken, die Atmosphäre entspannen, sie können bekuschelt und verwöhnt werden, heißt es da.

Manchmal möchte man meinen, Menschen halten Bürohunde für Kuschtiere. Dabei können wir auch ganz anders: Hackenbeißen, bellen, bis die Ohren taub sind, Mülleimer ausräumen, zu jeder unpassenden Gelegenheit auf die Tastatur springen oder Leute umrennen.

Bürohund zu sein, ist für uns ein Job. Es gibt Anforderungen an unsereinen, es gibt passende und unpassende Eigenschaften, und das ganz ohne Rassestandard. Richtig: Wir treiben keine Schafe zusammen, stellen kein Wild und schützen keine Herde. Wir sind die Sozialarbeiter unter den Hunden.

Eine Ausschreibung könnte wie folgt lauten: Bürohund (m/w/d) gesucht: Du bist aufgeschlossen Menschen gegenüber? Du nimmst es gelassen, wenn um dich herum wüste Hektik und schlechte Laune ausbricht? Du versuchst nicht jeden zu verbellen, der in die Nähe deines Menschen kommt? Hackenbeißen liegt dir völlig fern? Du lässt dich gerne anfassen und bist bereit, das eine oder andere sinnlose Kunststück vorzuführen? Du kannst dich auch in schwierigen Situationen untadelig verhalten? Dann bist du der richtige Hund für uns!

Doch mal Spaß beiseite: Es kann schon zu unangenehmen Verwicklungen für alle Bürohunde führen, wenn die sonst so untadelige Dogge Pippilotta einen schlechten Tag hat und voller Überzeugung den Chef anknurrt – bei einem Mops würde das niemand ernst nehmen.

Aufgeschrieben von Ulrike Kumpke

nen die Religionen mehr verstehen als die allwissenden Atheisten in den linken Denkfabriken und Parteizentralen. So halte ich es seit langem.

In sozialen und politischen Fragen orientiere ich mich an der linken Bewegung, in religiösen Belangen wende ich mich lieber an meine Moschee. Und wenn es um meine Zukunft geht, mein Leben nach dem Tod, dann suche ich die Antwort im Gebet, nicht in irgendeinem linken Parteiprogramm.

Es geht doch: In der Friedensbewegung seligen Angedenkens haben Kommunisten, Christen, Juden und Muslime einträchtig zusammengearbeitet und einig bewegt – sogar weltpolitisch.

Peter Schütt, Hamburg

Karsten Krampitz will gleich am Anfang seiner Rezension des Buches »Die Linke und die Religion« glauben machen: Den Kommunismus und die Arbeiterbewegung gibt es nur als misslungene Nachgeburt zum Ur-Christentum oder der Täuferbewegung wie den frühen Hutterern. Kein Zweifel, dass auch moderne Erkenntnisse und Ideologien immer Bezüge zu dem vorher schon Gedachten haben, aber Philosophie und Religion der letzten 2000 Jahren sind doch eigenständiger und mehr als nur »christliches Abendland«.

Ansonsten begegnen uns in der Rezension die »üblichen Verdächtigen« wie Marx, Lenin und selbst Stalin, die allenfalls Knechtschaft und Schrecken verbreitet haben und sogar – man stelle sich dies nach 2000 Jahren unkommentierter Kirchengeschichte vor – während der Oktoberrevolution 28 Bischöfe ums Leben kommen ließen. Einseitiger geht es nicht mehr zu dem Thema Gewalt, die immerhin in der Menschheitsgeschichte in zwei Formen, der revolutionären und vor allem ihrer ausbeuterischen und unterdrückerischen Version, auftritt.

Und letztendlich bekommt auch die gesamte Linke ihren antikommunistischen Segen verpasst: Bei ihr gäbe es gar keine wirkliche Debatte, sondern nur eine solche im Rahmen von geschlossenen Gesprächskreisen. Wie ahnungslos ist er eigentlich? So ist gerade das von ihm besprochene Buch das Ergebnis einer offenen und pluralistischen Diskussion bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, an der jede/r teilnehmen kann.

Edda Lechner, Norderstedt

Brillant in Inhalt und Formulierung

Zu »Überzeugen, ohne einzuschüchtern«, 16.6., S. 15; online: [dasND.de/1137755](https://www.nd.comune.de/1137755)

Brillant im Inhalt, auch in der Formulierung, wenn auch beinahe zu intellektuell und nicht für jedermann bzw. -frau auf Anhieb verständlich. Den Autoren meinen ausdrücklichen Dank für die sehr tiefgründigen Darstellungen, insbesondere die Rolle von Wissenschaft und Politik betreffend. Auch der Appell an die Linke, die Meinung Andersdenkender wahrzunehmen und sie nicht leichtfertig zu Spinnern, Verschwörern, eben nicht ernst zu Nehmenden abzustempeln, ist angebracht.

Dietmar Barkusky, Müncheberg

Das Grundgesetz nicht missbrauchen, sondern nutzen und weiterentwickeln:

Ich stimme den Autoren zu. Das Grundgesetz ist Mindeststandard zur Verteidigung von Einwohner-, Bürger- und Menschenrechten und insofern zu nutzen und zu verteidigen. Das auch gegen autoritäre und militante Bestrebungen in Coronazeiten.

Seinerzeit durchaus positiv gemeinte Bestrebungen gegen Diskriminierungen nach dem Zweiten Weltkrieg auf Grundlage wissenschaftlich nicht fundierter Bezeichnungen (»Rasse«) sollten gestrichen und ersetzt werden. Die Bandbreite des Möglichen (Antifaschismus; Vergesellschaftungen, antikapitalistische Orientierung) sollte weiter angewendet werden, auch in Bezug auf den Bund der Antifaschisten und auf eine Landesverfassungsrichterin der Linken. Soziale Rechte (auf Arbeit, Wohnen) sollten aufgenommen werden. Und was noch, wie die Coronakrise zeigt: Bildung, Gesundheit und Pflege!

Dr. Reiner Wieland, Neubrandenburg

Danke, Kerstin Kassner, Žaklin Nastić, Dieter Dehm und Andrej Hunko, für Euren Mut zu diesem Artikel. Leider hat auch das »nd« wie die Konzernmedien »jedes Widerwort gegen Drostens Vorschläge wahllos weggebissen ...«

Ich fühle mich nicht als »wohlfeile Verschwörungsversimplerin«, wenn ich mich daran erinnere, dass »die Gedanken der herrschenden Klasse in jeder Epoche die herrschenden Gedanken sind«, und versuche, den Mut aufzubringen, mich meines eigenen Verstandes zu bedienen, wenn ich anderen Medien vertraue als den herrschenden: »Glaube wenig, hinterfrage alles, denke selbst.« (Alfred Müller) Und ich wünsche mir mit Andrej Hunko ein Ende der Verleumdungskultur in unserer Partei, die ich drauf und dran bin zu verlassen, wegen ebendieser.

Roswitha Clüver, per E-Mail

Die Autoren sollten ihr selbst verkündetes Anliegen ernst nehmen und die möglichen Adressaten linker Politik nicht schon einleitend mit dem vernichtenden Urteil der Feigheit und der Suche nach Sündenböcken überziehen – oder »jugendlichen Helden« vorwerfen, dass sie »dem Kapital ihre unbeschädigte Arbeitskraft feilbieten«. Auch der politisch diffuse Begriff des »Mainstreams« kann nichts zur gewünschten Besserung der Debattenkultur beitragen.

Inhaltlich kann ich aber besonders den Aussagen zur Generationenfrage und zu den sogenannten Risikogruppen voll zustimmen. Hierzu haben die Autoren übrigens in der Bundeskanzlerin eine starke Verbündete, wie zuletzt das jüngste ZDF-Interview »Was nun Frau Merkel?« durch ihre klare Antwort zu diesem Thema belegt.

Völlig überflüssig ist jedoch die selbstverliebte – und leider pseudowissenschaftliche – Garnierung des Artikels mit starken Namen wie Einstein oder Heisenberg oder Begriffen aus der Wissenschaft wie, ganz hochmodisch, Quantenphysik. Es ist schon Schülern bekannt, dass Viren keine »Elementarteilchen« sind, sondern komplexe Strukturen genetisch wirksamen Materials. Auch sind die Schwierigkeiten der Virologen mit dem neuartigen Coronavirus weder mit Heisenberg noch mit Atomen in Magnetfallen verbunden.

Helmut Barthel, Schönebeck

Spitzbübische Erklärungen zu allen Lebenslagen

Zu »Der blaue Fleck sagt dir, wo unten ist«, 13./14.6., S. 24;

online: [dasND.de/1137815](https://www.nd.comune.de/1137815)

Ich wollte mich einmal zu Dr. Schmidt äußern, der die Welt erklärt. Dessen spitzbübische Erklärungen zu allen Lebenslagen, zuletzt zum Beispiel über die Linkshänder, finde ich immer genial und lustig, auch manchmal aufschlussreich, aber nie trivial. Weiter so!

Wilfried Kadner, per E-Mail

Praktische Solidarität ohne Lippenbekenntnis

Zu »Grund-, sinn- und erbarmungslos erschlagen«, 11.6., S. 4;

online: [dasND.de/1137720](https://www.nd.comune.de/1137720)

Dessau-Roßlau hat aus dem brutalen rassistischen Mord keine Lehren gezogen. Oury Jalloh ist eindeutig auch ein Opfer rassistischer Polizeigewalt. Ein Mord im Polizeigewahrsam! Zwei weitere Morde an vermutlich sozial schwachen Männern dort ebenso. Auch der Sexualmord an einer chinesischen Studentin durch einen Polizistensohn in Dessau bleibt offenbar ungesühnt. Mehr noch: In Roßlau prangen immer wieder von der Öffentlichkeit geduldet Hass-Graffiti gegen Muslime, die ich aber mit größtem Vergnügen wiederholt in Herzen verwandelt habe! Meine Solidarität ist praktisch und ohne Lippenbekenntnis! Sie wird es auch bleiben.

Irmela Mensah-Schramm, Berlin

Die Corona-App ist ein Trugschluss

Zu »Die Corona-Warn-App kommt«, 13./14.6., S. 3; online: [dasND.de/1137807](https://www.nd.comune.de/1137807)

Nach vielen Wochen ist nun die langersehnte Corona-App gekommen, und viele meinen, dass damit die Pandemiekrise gelöst sein würde. Doch das ist ein Trugschluss, denn viele Menschen werden gar nicht mitmachen. Auch ich habe kein derartiges Mobiltelefon, das eine App herunterladen könnte, weil ich aus datenschutzrechtlichen und Sicherheitsgründen ein Smartphone ablehne.

Was mich allerdings voller Sorge in die Zukunft blicken lässt, ist die Tatsache, dass man, wenn die Bundesregierung nicht entsprechende Gesetze erlässt, möglicherweise nicht mehr am normalen Leben teilnehmen kann. Was ist denn, wenn Restaurants, Hotels, Fluggesellschaften oder die Deutsche Bahn plötzlich Buchungen von der App abhängig machen? Eine solche Verfahrensweise sollte unbedingt verhindert werden!

Thomas Henschke, Berlin

Härtere Gesetze bringen nichts

Zu »Besser vorbeugen und härter bestrafen«, 17.6., S. 5;

online: [dasND.de/1137958](https://www.nd.comune.de/1137958)

Es braucht mutige Juristen, mutige Staatsanwälte und ebenso mutige Richter, die das volle Strafmaß ausschöpfen. Härtere Gesetze bringen nichts, wenn das zuständige Personal diese nicht umsetzt. Was hindert Richter und Staatsanwälte

Kennwort: Wende



Foto: nd/Camay Sungu

Liebe Leserinnen und Leser, schon zum 30. Mal jährt sich in diesem Jahr die Gründung der Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH.

Einige Kolleginnen und Kollegen waren in dieser dramatischen Zeiten des Umbruchs infolge der Wende und der Vereinigung und den nicht immer einfachen Jahren nach der Wende dabei. Wenn auch bei vielen immer wieder Zweifel vorhanden waren: Wir haben es geschafft, worauf wir sehr stolz sind.

Wie war das für Sie, liebe Leserinnen und Leser. Waren es dramatische Jahre oder eine Zeit des Aufbruchs? Welche Erlebnisse haben Sie geprägt? Was ist Ihnen besonders in Erinnerung geblieben: im Guten wie im Schlechten.

Bitte schreiben Sie uns per Mail an ndcommune@nd-online.de, Kennwort: Wende oder per Post an neues deutschland, Kennwort: Wende, nd.Commu- ne, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin. Ausgewählte Zuschriften werden wir gern veröffentlichen.

kch

daran, höhere Strafen zu fordern und somit den Strafrahmen auszuschöpfen? Warum verschwanden in Lügde Beweise aus der Asservatenkammer?

Wer erteilte der Jugendamtsmitarbeiterin im Fall Lügde den Auftrag, die Akten nachträglich zu korrigieren? Ganz zu schweigen von der immer noch nicht aufgearbeiteten Berliner Jugendamt-Affäre. Damals wurden Pflegekinder an bekannte Pädophile vermittelt. Fragen, über die nachzudenken sich lohnt.

Tina Multhaupt, Bochum

Einer Lüge aufgesessen?

Zu »Wenn der Wind schärfer weht«, 20./21.6., S. 16;

online: [dasND.de/1138104](https://www.ndd.de/dasND.de/1138104)

Die ehrenamtliche Arbeit zur Aufarbeitung der Geschichte unserer Partei ist nicht hoch genug einzuschätzen. Allerdings hat mich sehr bewegt, dass Aussagen zum 17. Juni dazu geführt haben, dass nach Kritik aus der CDU diese gelöscht wurden.

Kennt die Linke-Vorsitzende nicht das Buch von Stefan Heym zu diesen Vorgängen? War es nicht vorher möglich, dieses Dokument innerparteilich zu diskutieren? Oder ist dieser Vorgang nur dazu geeignet, die »Regierungsfähigkeit« der Linken vorzubereiten? Und dabei eine kritische, aber objektive Einschätzung der Geschichte unserer Partei auszublenzen?

Wir entschuldigen uns seit 30 Jahren für eine Politik der SED, obwohl immer weniger unserer jetzigen Mitglieder dieser Partei angehört! Hat sich schon mal die SPD für die unter ihrer Verantwortung erfolgte Ermordung von Karl und Rosa entschuldigt? Hat die SPD schon mal öffentlich gemacht, dass die Agenda 2010 ein Verbrechen an der deutschen Bevölkerung war? Und die Versprechen der Kohl-CDU vor der Vereinigung und die Schwarzgeldkonten?

Kein Wort, nur die Linke entschuldigt sich ständig. Kopf hoch – und unsere Ziele offensiv verteidigen! Sonst haben wir verspielt.

Reiner Zimmermann, Berlin

Für viele ein wichtiges Stück Leben

Zu »Mit dem Rad zu den Alliierten-Villen«, 30./31.5.; S. 31;

online: [dasND.de/1137265](https://www.ndd.de/dasND.de/1137265)

Oliver Gerhard schreibt in diesem interessanten Beitrag über die Villenkolonie Neubabelsberg: »Unterbrochen von DDR-Zeiten lebten hier immer die Reichen und Prominenten.« Diese Zeit der »Unterbrechung« kann ich nur bestätigen, denn zu DDR-Zeiten lebten ab Mitte der fünfziger Jahre meist Studenten und deren Lehrpersonal der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften entlang der Karl-Marx-Straße und dem Virchow-Ring.

Tausende von Juristen, Diplomaten und Kommunalpolitikern wurden dort bis 1989 ausgebildet. An der Filmhochschule begann die Karriere so manch berühmter Schauspieler und Regisseure. Heute ist das alles vergessen. Eine Episode, die für viele ein wichtiges Stück Leben war.

Franz Tallowitz, Saterland

Voller Schmähungen gegen den Opernbetrieb

Zu »Ein Helikopter flog auch vorbei«, 22.6., S. 11; online: [dasND.de/1138118](https://www.ndd.de/dasND.de/1138118)

Der Autor war beeindruckt von der gekürzten »Rheingold«-Aufführung auf dem Parkdeck der Deutschen Oper in Berlin und schlägt vor, das Bayreuther Festspielhaus und die Berliner Staatsoper Unter den Linden in ein Parkdeck zu verwandeln, um dort »Oper für alle« zum Preis von 5 Euro aufzuführen.

Welchen musikalischen Wert diese von Auto- und Helikoptergeräuschen und unter ungünstigen akustischen Bedingungen gebotene Aufführung hatte, darüber erfährt man nichts. Allerdings ist auch dieser Beitrag, wie schon frühere Auslassungen des Autors, voller Schmähungen gegen den »traditionellen« Opernbetrieb, besonders der Bayreuther Festspiele. Alles ist durch die Pressefreiheit gedeckt, auch wenn es unter die Gürtellinie geht.

Dr. Karin Kretschmar, per E-Mail

Handwerklicher Pfus

Zu »Untragbarer Innenminister«, 23.6., S. 1; online: [dasND.de/1138151](https://www.ndd.de/dasND.de/1138151)

Wenn es etwas zu verteidigen gilt, dann Presse- und Meinungsfreiheit. Wirklich? Dabei haben wir es hier mit zwei sehr unterschiedlichen Dingen zu tun. Die Meinungsfreiheit kann jeder von uns (in den allermeisten Fällen) persönlich ausleben. Um die Pressefreiheit aber genießen zu können, braucht es ein Privileg: den Zugang zu einem Massenmedium.

Der Berufsstand der Journalisten/innen ist aufgefordert, für Hürden beim Zugang zu diesem Privileg sorgen. So, wie jeder ehrliche Handwerker einen Befähigungsnachweis liefern muss. Journalisten müssen das nicht. Sie genießen ja Meinungs- und Pressefreiheit. Und so passiert handwerklicher Pfus, der auch schnell mal durchgeknallte Politiker aufscheucht, die fantasielos gleich nach dem Richter rufen. Oder manch wohlmeinender Kollege verteidigt eine Freiheit, die gerade im Hause Springer obsessiv ausgelebt wird.

Joachim Nölte, Woltersdorf

»Shut down Mietenwahnsinn – Sicheres Zuhause für alle!«

Zu »Regnerisches Comeback«, 22.6., S. 7; online: [dasND.de/1138113](https://www.ndd.de/dasND.de/1138113)

Ein guter Artikel zur Berliner Demonstration gegen den Mietenwahnsinn, der sich weit über den Medienkonsens hinaus die Mühe gibt, die tatsächlichen Antriebe der Verdrängung in Berlin aufzuzeigen.

Und auf der Webseite zusätzlich ein sehr schöner, geradezu poetischer Audiobeitrag von Maria Hecht mit sachlichen Zusatzinformationen und stimungsvoller Atmo.

Kim Meyer, Berlin, Bündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn

Sozial? Fehlannonce!

Zu »Der Schweinekönig«, 24.6., S. 3; online: [dasND.de/1138217](https://www.ndd.de/dasND.de/1138217)

In Deutschland ist die »soziale« Marktwirtschaft die Basis von Wohlstand und

Reichtum. Dieser Satz wirft gleich mehrere Fragen auf: Tausende von Leiharbeitern, viele davon aus östlichen EU-Staaten, werden ausgebeutet, bekommen einen Minilohn, müssen schuften, wie die Fleischindustrie beweist, hausen in heruntergekommenen Quartieren, die man einem Menschen nicht zumuten möchte, zu horrenden Mietpreisen. Sozial? Fehlannonce!

Es ist für das wohlhabende Deutschland eine Schande, dass Menschen so behandelt werden. Die Coronakrise hat es an die Öffentlichkeit geschwemmt. Ihr sei gedankt, denn diese Verhältnisse gibt es schon Jahrzehnte, und keine Behörde ist dagegen eingeschritten. Die geradezu katastrophalen Bedingungen wurden einfach übersehen und geduldet, vielleicht sogar für normal gehalten. Die Bosse der großen angeprangerten Schlacht- und Fleischzerlegungsfirma gehören vor den Kadi. Profit diktiert ihr Handeln. Wer vermietet die billigen Massenquartiere zu extrem überhöhten Preisen? Auch hier Profitgier! Offenbar fehlt es hierzulande an klarer Gesetzgebung und Kontrolle.

Mitunter wird gefragt, ob man stolz ist, ein Deutscher zu sein. Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein, wenn ich sehen muss, wie Bürger unserer Nachbarländer, die hier durch ihre Arbeit zu unser aller Wohlstand beitragen, behandelt werden. Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Hans Bremerkamp, Rostock

Die Unterbringung der ausländischen Arbeiter aus vielen Schlachthöfen ist katastrophal. Obwohl sie hart arbeiten, ist nicht ein Mindestmaß an Menschenrechten gewährleistet. Selbst für die unwürdigen Quartiere müssen die Arbeiter noch ordentlich bezahlen, obwohl deren Lohn gering ist. Schon oft wurden in politischen Magazinen wie »Frontal 21 Monitor« und anderen diese Missstände angeprangert. Politiker haben immer wieder versprochen, das zu ändern. Leider waren solche Versprechen wie Luftblasen und schnell vergessen.

In der Coronakrise kommt dieses Problem wieder akut zum Vorschein, weil in diesen Werken die Infizierungen sehr hoch sind. Frau Merkel wirft oft anderen Ländern vor – betroffen sind vor allem solche, die sich nicht dem Diktat der USA beugen wollen –, die Menschenrechte nicht einzuhalten. Im eigenen Land, vor allem in den Schlachtbetrieben, wird großzügig darüber hinweggeschaut. Der aktuelle Fall im größten Schlachtbetrieb zeigt das in seinen Auswirkungen bitter.

Gunther Becker, Goldbach

Bitte mehr von Hans-Dieter Schütt

Zu »Seltänzer, ein Buch in der Hand«, 23.6., S. 13; online: [dasND.de/1138180](https://www.ndd.de/dasND.de/1138180)

Herzlichen Dank an Hans-Dieter Schütt für den wie immer einfühlsamen, das Besondere des gewürdigten Menschen unnachahmlich auf den Punkt bringenden Nachruf, den er für den großen Jürgen Holtz verfasste.

Und ein persönlicher Wunsch: Es wäre schön, wenn von Hans-Dieter Schütt wieder mehr im »nd« zu lesen wäre als nur gelegentliche Nachrufe.

Dr. Karsten Velbinger, Berlin